



**Postulat der CVP-Fraktion**

**betreffend die Durchführung einer nachhaltigen Informationsoffensive im Bereich der digitalen und audio-visuellen Medien vom 27. Oktober 2008**

Die CVP-Fraktion hat am 27. Oktober 2008 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen,

1. eine nachhaltige Informationsoffensive durchzuführen, welche die Kompetenz von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern im Umgang mit digitalen Medien und deren Chancen und Gefahren fördert;
2. diese Informationsoffensive in den Zusammenhang zu den bereits bestehenden Bemühungen der Gemeinden, der Schulen und der Vereine zu stellen. Insbesondere soll der Einbezug in das regierungsrätliche Projekt „Gemeinsam gegen Gewalt“ geprüft werden.

Begründung:

Die digitalen Medien wie Internet, Computerspiele, DVD, Fernseher, MMS-Dienste usw. sind aus unserer Welt nicht mehr weg zu denken. Sie schaffen eine Vielzahl neuer Möglichkeiten und Chancen. Allerdings werden zunehmend auch negative Auswirkungen von problematischem Gebrauch solcher Medien sichtbar. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind gefährdet, betroffen sind aber auch Erwachsene. Der Konsum von Gewalt- und Sexdarstellungen kann Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung und Schulleistung beeinträchtigen und ihnen soziale Probleme verursachen. Das Suchtpotential von elektronischen Medien ist nicht zu unterschätzen. Wissenschaftlich umstritten ist die Auswirkung von Gewaltspielen auf die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen. Es ist nicht auszuschliessen, dass gewaltbereite Jugendliche durch den Konsum von Gewaltspielen in ihrer Gewaltbereitschaft negativ beeinflusst werden.

Verbote allein sind als Massnahme nicht zielführend und ungeeignet, da die Zugänglichkeit zu problematischen Inhalten insbesondere über das Internet kaum einzuschränken ist. Zudem sollen Kinder und Jugendliche in geschütztem Rahmen und unter der Verantwortung von Familie und Schule auf die richtige Anwendung von elektronischen Medien vorbereitet werden. Oft sind Eltern, Lehrpersonen und Betroffene jedoch überfordert im Umgang mit den (problematischen Seiten der) digitalen Medien. Hier besteht Handlungsbedarf. Für die Schule steht mit dem Dokument „ICT an der Volksschule. Ergänzung zu den Lehrplänen“, welche die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz BKZ an ihrer Sitzung vom 19. September 2003 zur Einführung in den Kantonen freigegeben hat, bereits eine geeignete Grundlage zur Verfügung.